

Die Volks-Zeitung

Jahrgang 216

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Nummer 291/292

Bezugspreis:

monatlich 1 Mark 1900.— mit Zustellgebühr. Bezahlungen nehmen sämtliche Postämter und Verleger entgegen. — Abhäre Gewalt einbehalten den Betrag von Schadenersatz. —

Halle-Saale

Dienstag, 26. Juni 1923

Anzeigenpreis:

Die Spaltenbreite 54 mm breit mm-Standardgröße 600 III. Kleine Anzeigen 300 III. Familienanzeigen 200 III. Die 3 gräßsten 90 mm breit mm-Standardgröße 2600 III. Absatz nach Tarif. Erstattungen Halle-Saale

Gesellschaftliche Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf 2311 Karlsrufer Str. 6200. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag von Otto Kahlke, Halle-Saale

Verlagsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Sendung von 7 Uhr an Redaktion 5600 n. 5610. — Postfachkonto Leipzig 20512.

Tort mit dem sächsischen Ministerpräsidenten! Misstrauensvotum gegen Dr. Zeigner

Zur Hekrede Zeigners (Eigener Drahtbericht)

Dresden, 25. Juni.
Was parlamentarischen Kreisen wohl und schrecklicher: Wie wir wohl parlamentarische Kreise hören, besteht bei den bürgerlichen Parteien die Ansicht, in der nächsten Sitzung des Landtages einen Misstrauensantrag gegen Dr. Zeigner einzubringen, um ihn zum Rücktritt von seinem Amte zu zwingen, falls er nach seiner politischen Rede in Wiederbesinnung nicht selbst das Verantwortungsbüro hat, sein Amt niederzulegen. Der Ministerpräsident eines Freistaates, der seiner um die Existenz des Reiches kämpfenden Volksgemeinschaft in den Händen des Reiches nicht nur das Reich nach außen, sondern auch nach innen, den Gehalt der Verantwortungsbüro nicht erfüllt er mit den durch nicht erwiesenen Ausführungen, das Bürgeramt werde den Kampf mit Gift, Dolch und Handgranaten beginnen, und es werde zu äußeren blutigen Auseinandersetzungen kommen. Das sächsische Volk wird durch solche Reden in eine Stimmung von Scham und Verzweiflung gebracht, deren Folgen auf das Haupt des sächsischen Ministerpräsidenten fallen kommen. Wenn Sachsen nicht als Staat leben könnte im übrigen Deutschland und im Ausland verlieren will, ist es vor allem auch um der sächsischen Weidenschaft selbst willen nötig, daß ein Mann an die Spitze des Freistaates tritt, der sich seiner hohen Aufgabe und Verantwortung gegen die gesamte sächsische Bevölkerung in Wort und Schrift bewußt bleibt. Die sächsische Sozialdemokratie wird bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag Farbe bekennen müssen, ob sie die Verantwortlichkeit in Sachen im Sinne der kommunalistischen Aufschüchtlungen auf die Spitze treiben oder eine ruhige Aufarbeitung der Republik nach demokratischen Grundsätzen will. Wie wir hören, wird sich auch der Reichstag mit der Rede Zeigners beschäftigen.

Der Dolchstoß Dr. Zeigners (Eigener Drahtbericht)

Dresden, 25. Juni.
Die aufsehenerregende Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner in der Kammer der Abgeordneten wird bemerkenswert, weil von der ganzen sächsischen Presse weder verbreitet noch erörtert. Die bürgerliche Presse verurteilt mit scharfen Worten die Ausführungen Zeigners und fordert, daß das Reich unterdrückt die Bestimmungen des Republikgesetzes zur Anwendung bringe und weitere Schädigungen des Reiches und des Reiches durch Dr. Zeigner unterbinde.

Amerika und Deutschland

Amerika und die europäische Krise (Eigener Drahtbericht)

Berlin, 25. Juni.
Auf Veranlassung des deutschen Schuldensyndes und der Liga um Schluß der deutschen Kultur hielt der frühere amerikanische Ministerpräsident Graf Berkefeld am Sonnabend seiner Rückreise von einer dreimonatigen Reise durch die Vereinigten Staaten einen Vortrag über seine Eindrücke. Auch heute noch ist die große Mehrheit der Amerikaner in die deutsche Kriegsgefahr verflochten, glaubt vor allem aber auch daran, daß nur Deutschland die Verantwortung für den Krieg trägt, und daß nur Deutschland die Verantwortung für die Reparationsforderungen besteht völlig bereit ist. Nach dem Krieg ist zwar eine feste Einigung eingetreten, die Reparationsforderungen des Verfallers Vertrags entsprang aber keineswegs dem Gerechtigkeitsgefühl, sondern einerseits der Rücksicht auf den Senat und Präsident Wilson und andererseits einem gewissen Glauben vor Europa, daß der Amerikaner enttäuscht hat, und das er verachtet. Auch heute ist eine Apathie gegenüber den europäischen Verhältnissen vorherrschend. Trotz der gefährlichen Lage, die auch die Vereinigten Staaten einmal in Mitleidenschaft ziehen mag, ist bestrebt an eine Intervention in Amerika heute nicht zu denken. Die amerikanische Stimmung gegenüber Deutschland läßt sich dahin kennzeichnen: Die Wirkung der Kriegsausgaben ist abschweifend, aber immer noch vorhanden, vor allem in den Kreisen der Erziehung und der gesellschaftlichen Kreise. In Wirtschaftskreisen ist mehr Einsicht vorhanden, aber gleichwohl auch hier die Einstellung mehr noch gegen Deutschland. Wir können nur mit einer langsamen Enttarnung durch die Verhältnisse und durch ein selbst rechnen. In der Rubrikfrage besteht keine einheitliche öffentliche Meinung. Anfangs vor manchem Brandstiftung getrieben, dann aber hat die französische Auffassung wieder an Boden gewonnen. In letzter Zeit ist wieder etwas günstiger Stimmung, sind vorhanden. Der Vortragsabend schloß damit, daß wir nur durch systematische Verhandlungen Arbeit, nicht schnell und gewaltsam, und vor allem durch unsere Leistungen in Amerika wieder an Boden gewinnen können. Das Schicksal einer unterwerflichen Meinung erweist sich erst dann, wenn ein amerikanischer Gewinnat man...

Zu den Worten-Entstellungen

Berlin, 25. Juni.
In Abwehr der Entstellungen über die Beziehungen Frankreichs zu den rheinischen Separatisten behauptet der „Matin“ heute, zwischen London und Paris werde ein hinterhältiges Komplott das Rheinland geschmiedet. Danach soll der Reichshofler die rheinischen Abgesandten nach Berlin berufen haben und dabei haben durchdringen lassen, daß es vielleicht möglich sein würde, binnen kurzem die rheinischen Provinzen und das Ruhrgebiet in Lebensgemeinschaft mit England zu einer Art Pufferzone zu machen. Selbst die Ministerliste für diesen neuen Staat wird vom „Matin“ herab mitgeteilt. Von antilich deutscher Seite wird diese neue Weltunternehmung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Es ist im Gegenteil in allen Beziehungen in vollkommener Lebensgemeinschaft mit allen Vertretern der besetzten Gebiete immer wieder festgestellt worden, daß es keine in ihrem Sinne zu tun gelingen wird, und gelingen dürfte, eine Veränderung des Verhältnisses des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zu Preußen und zum Reich zu erreichen. Der Gedanke einer solchen Verdrängung, der allerdings vor einiger Zeit einmal von einer früher an führender politischer Stelle stehenden Persönlichkeit in einer vertraulichen Sitzung der Zentrumsfraktion theoretisch erörtert worden ist, aber dort auf die entschiedene und sogar geradezu zornige Ablehnung der anwesenden Parteimitglieder und nicht zuletzt aus dem besetzten Gebiet kommen gestrichen, so daß er als endgültig begraben betrachtet werden kann.

Weitere englische Stimmen

Den gestern vom „Observer“ veröffentlichten Entstellungen über die französischen Rheinbundspläne schenkt ein Teil der heutigen Presse große Beachtung. Die „Westminster Gazette“ nennt den französischen Geheimbericht ein „schamloses Dokument“. Man müsse dem „Observer“ dankbar sein, daß er das Dokument veröffentlicht habe. Das zeige, wie einige französische Beamte gewiß haben, um das Rheinland von Deutschland zu trennen. Wenn das Reparationsproblem in vernünftiger Weise für sich anzuordnen wüßte, so sollten seine Schwierigkeiten für eine internationale Vereinbarung bestehen und keine unüberwindlichen Hindernisse für eine Regelung zwischen den Alliierten und Deutschland. Jedes sei jedoch unmöglich, wenn Frankreich, wie es dies zu tun scheint, die Reparationsfrage als untergeordnet ansehe und wenn es wirklich auf den Ruin Deutschlands und die dauernde Kontrolle von ungewissenhaft deutschem Gebiet aus sei.

Die Entente geht über alles

London, 24. Juni.
Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, Dr. Keill, legte in Canterbury über die Beziehung des Ruhrgebietes, es behänge die englische Gesetzgebung, daß die Fortbauer der gegenwärtigen Lage zum sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands führen könne. Er sehe noch keine Möglichkeit, von Deutschland eine angemessene Reparation in Geld zu erlangen durch die bloße Befreiung eines Teiles seines Industriegebietes. Wenn sich aber Großbritannien und Frankreich auch über die Methode des Verfahrens nicht einig seien, so gebe es doch keine Meinungsverschiedenheit in der Hauptfrage der Erhaltung der Entente, und könne es auch nicht geben.

Poincaré verschleppt weiter (Eigener Drahtbericht)

Paris, 25. Juni.
Die gestrige Unterhandlung zwischen Poincaré und dem englischen Botschafter Lord Greve hat längere Zeit in Anspruch genommen, ohne, wie das „Echo de Paris“ meldet, mit einem anderen Ergebnis zu enden als der Befreiung, daß die von beiden Seiten eingenommenen Standpunkte sich kaum verändert haben.

Zwei Franzosen von einem französischen Posten erschossen

Genève, 25. Juni.
Am Rahnübergang bei der Station Bernig wurde in der Nacht zum Sonnabend ein französischer Postbote und ein Feldweibel von einem französischen Soldaten erschossen. Der Offizier, der sich in Begleitung des Feldweibels und eines französischen Ingenieurs befand, hat auf Antrag des Postens die Antwort gegeben: Der Posten sei darauf gemacht seiner Instruktion Folge zu leisten. Schon durch den ersten Schuß wurde der Offizier auf der Stelle getötet. Der Feldweibel wurde schwer verletzt und ist am Sonnabend seinen Verletzungen erlegen.

Die mitteldeutsche Rote Armee

Auf unserer Jugend ruht unsere Hoffnung, unsere Zukunft; ruht sie auf unserer Arbeiterjugend, wie sie sich in den sozialistischen Jugendverbänden darbietet, dann gilt Dantes Hölleinschrift: Laßt alle Hoffnung hinter euch.
Nach den Schlagworten der roten Presse war Deutschlands bisher im Militarismus verroht, die Novemberrevolution brachte die Freiheit, machte den Weg frei zu sonnigen Höhen für den Nachwuchs. Nun, das Ergebnis kann man alle Tage beobachten. Es scheint, daß oberster Grundgedanke dieser Jugendbeziehung Freimachung von jeder Autoritätsverneinung, jeder Maßnahme, kurz aller sittlichen Begriffe die das Leben von Zivilisation und Kultur ausmachen, ist. Freiheit, wie sie für meinen, kranken, lebe Freiheit, die sich über alles hinwegsetzt und vorwiegend nicht bürgerliche Auffassung Sittlichkeit und Aufrichtigkeit vertritt, das ist das Ergebnis der sozialistischen Jugendbeziehung.

Man sehe sich diese langmächtigen, ungewaschenen Zügel an, wie sie in Eisenbahn und Straßenbahn sich auf den Bänken herumrallern und alten Frauen und Männern selberrnig die Beine müde stellen lassen. Man beobachte, wie sie das leichtverdiene Geld in Zigaretten und anderen Luxus vergeuden, während mancher Familienvater nicht weiß, wie er seine Kinder kalt kriegen soll. Das ist Freiheit, gelobte Freiheit, die unter dem III. preussischen Militarismus elend verkommen müßte.

Arbeiter Militarismus. Das Eingetragene kommunistischer Hunderttausende, das Bewachen der Jugend mit Dolchen, Messern und Revolvern ist beiseite sein. Militarismus. Und wenn's schon einer ist, dann richtet er sich wenigstens nicht gegen die edle französische Kultur, sondern gegen das edelste deutsche Bürgeramt, dessen Ausrottung ein sozialistisches Ziel ist, auf unsinnig zu wünschen.

So arm die ganze Novemberrevolutionbewegung an Ideen war, so arm ist übrigens auch der sozialistische Militarismus an eigenen Gedanken. Seine Verhältnisse sind fälschlich nachahmend, wie aus der Kriegszeit. Die Generalstäbe der deutschen Roten Armee sind aber aufgeben sein und verlogen das beweisen wieder die Schlußberichte aus Gießen, die man im „Klassenkampf“ lesen kann.

Die „Schlacht bei Gießen“ war ein nobelwogener strategischer Plan, der im Hauptquartier in der Kerkhof selbstfrage vom Generalstab Urban ausgearbeitet worden ist. Nach dem „Klassenkampf“-Chefredakteur ist diesem Plan ein glänzender Sieg beschieden gewesen. Man lese nur:

„Trotz aller Vorbereitungen und Aufstellungen bei der „Schlacht“ gipfeln in Gießen eine Niederlage erlitten. Die Arbeiteroffiziere hat einen Sieg errungen.“

Aber die Schlacht bei Gießen war nur der Auftakt zu einer bevorstehenden Niederlage, die noch kommen soll. Sowjet-General Urban findet noch glückliche Ereignisse auf dem mitteldeutschen Kriegsschauplatz an. Er schreibt:

„Englisch ist der Kampf zwischen Okeanrufer und Sowjetisten noch nicht ausgetragen. Der getrigge Tag, der empfindlich war, hat ihnen, Herr Ludner, aber wohl gezeigt, daß über Mensch und die rote Fahne weht, trotz der schwarz-rot-rotten Wappen, die die Beamten und die von der Reichswehr abhängigen Heinen Geschützleute auf Befehl der Profiteure von der Reichswehr H. G. herausbringen mußten.“

Friedlich, Sowjet-General Urban ist nicht blind gegenüber den Mängeln seiner Armee, die im Kampfe doch einige Fehler aufzuweisen hatte. Zwar ist, seiner Ansicht nach, der Gesamtindruck seiner Truppen mittergültig. Selbst Stahlhelmoffiziere (ei, ei, Herr Urban!) hätten, so schreibt er, den vorzüglichen Eindruck der roten Hunderttausender anerkannt. „Aber“, so sagt er in anerkennendewertiger Selbstkritik, die Arbeiteroffiziere muß sich noch besser zeigen. Die Anfänge zum Zusammenbruch in Betriebsabwicklungen müssen zu sein geschlossen, bereits zur Vorbereitung der Arbeiteroffiziere der Arbeiter beider Formationen ausgebaut werden.“

Gesamt dem roten General diese Ansicht, dann gehen wir herrlichen Zeiten entgegen, die denen der Mar Söldner nicht unähnlich zu werden verprechen. Ob Herr Minister Seevering nicht doch einmal einen Blick in seine sozialistische Kinderstube tut? Vorher sieht er auf dem linken Flügel sehr schlecht, aber er könnte so einmal das rechte, das in Wandeburg sich bei dem Hochaufstieg zu arg verengt hat, am Hinlegen beenden. Nebenfalls müßten wir, wenn der Staatsbankrott sich mit der militärischen Kräfte des kommunistischen Urban nicht befehlen sollte, daß kein in Würde noch mehr trübe Zeiten unter Wägen Herrführung erleben werden. Wir müssen auch, wenn in der Kampfphase die Schuld trifft, wenn Staatsautorität und Staatsordnung keine Herrschaft in Breiten anordnen sind.

